Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

[illegible]

8. Jahrgang — Dresden, Freitag den 9. Dezember 1932 — Nummer 281

Kampfappell an Alle

bei denen Not, Hunger und Sorge tägliche Gäste sind!

Leidenschaftliche Kampfrede unseres Genossen Wilhelm Pieck im Reichstag gegen Schleicher-Diktatur und ihre Stützen . Faßt Mut, ihr seid stärker als eure Feinde!

Berlin, 9. Dezember 1932.

Ein Fanal des Kampfes war die Rede, die Wilhelm Pieck am Mittwochabend im Namen der Kommunistischen Partei von der Reichstagstribüne aus hielt und die an das ganze deutsche Proletariat gerichtet ist. Diese Rede gipfelt in einem mächtigen Appell der Kommunistischen Partei, die als einzige in Deutschland an Massenanhang von Tag zu Tag gewinnt und die durch den Kampfgefährten Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts im Reichstag das Banner der sozialistischen Ordnung in einem freien sozialistischen Deutschland gegen die wilde Anarchie, gegen den Hungerkurs des kapitalistischen Profitsystems entrollte.

Die Rede Wilhelm Piecks

Genosse Pieck führte aus:

Die Demonstrationen, die fast täglich in Berlin und im Reich trotz aller Umzugsverbote und trotz Einsatz der Polizeigewalt stattfinden, zeigen die unversöhnliche Opposition, in der die werktätigen Massen Deutschlands unter Führung der KPD dem Schleicher-Bracht-Kabinett gegenüberstehen. Lange, viel zu lange haben sich die Massen von den Betrugsmanövern der Nazis und der Sozialdemokratie narren lassen. Jetzt erwachen sie.

Es ist ja nicht so, wie es der sozialdemokratische Redner [illegible] hier darzustellen beliebte, als wenn der Weg in das Elend erst durch Papen betreten worden sei. Vielmehr hat die Sozialdemokratie das Tor zu diesem Weg geöffnet. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Sie begann den Abbau des Achtstundentages durch die Ermächtigungsgesetze der Stresemannregierung. Der Herr Abgeordnete Karsten hat vollständig „vergessen", daß die Brüningregierung die ersten unerhörten Notverordnungen mit dem gigantischen Abbau der Sozialversicherungsleistungen erlassen hat, daß Sie, meine Herren Sozialdemokraten diese Regierung tolerierten, und daß Sie die Aufhebung der Notverordnungen, wie sie die Kommunisten forderten, abgelehnt haben. (Sehr wahr! b. d. Komm.)

Immer größere Teile der werktätigen Massen begreifen, daß die Kommunisten recht haben, wenn sie sagen: Weder Gott noch Hindenburg, weder Schleicher noch Hitler noch Wels werden den Massen helfen. (Händeklatschen b. d. Komm.) Nur, wenn die Massen selbst Hand ans Werk legen, einig und geschlossen den Kampflosungen der Kommunistischen Partei folgen, nur dann führt der Weg vom Abgrund weg zur sozialistischen Rettung. (Langanhaltender Beifall b. d. Kommunisten.)

Die auf dieser Erkenntnis beruhende Radikalisierung der Massen war neben den wachsenden Gegensätzen im Lager der Bourgeoisie eine der Hauptursachen des Sturzes der Papenregierung und diese Radikalisierung fand ihre Bestätigung in der Wahl vom 6. November, in dem 2-Millionen-Stimmenverlust der Hitlerpartei, dem Dreiviertelmillionen-Stimmenverlust der Sozialdemokratie, den Verlusten des Zentrums und in den 6 Millionen Stimmen der Kommunistischen Partei, die aus diesem Wahlkampf als einzige Siegerin hervorging. Und die Wahlen nach dem 6. November in Sachsen und Thüringen zeigen, daß es auf diesem Wege weiter vorwärts geht, daß die ausgebeuteten Massen des deutschen Volkes sich entschieden zur Kommunistischen Partei weiter entwickeln. (Laute Bravorufe b. d. Komm.)

Aber mehr noch als die Wahlergebnisse unterstreichen die außerparlamentarischen Aktionen, vor allem die Streikkämpfe den siegreichen Vormarsch der roten Einheitsfront. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Groß-Berliner Verkehrsarbeiterstreik.

Genosse Pieck nimmt nunmehr eine großzügige Abrechnung mit den sozialdemokratischen Streikbrecherführern und mit den Nazis vor. Als eine freche Lüge bezeichnet er die Nazibehauptung, daß gegen ihren Willen der Streik abgebrochen wurde.

Wenn der BVG-Streik ergebnislos beendet wurde, so trägt neben den Partei- und Gewerkschaftsführern der SPD die nationalsozialistische Gauleitung ein gerüttelt Maß der Schuld. (Stürmisches „Sehr richtig!" b. d. Komm. Unruhe b. d. Nazis.)

Verschärftes Stadium der faschistischen Diktatur

Die Papenregierung ist gesprengt, aber das Papenprogramm des Hungers und Faschismus ist geblieben. Denn es ist ja nicht nur das Programm einiger Minister, sondern des gesamten Finanzkapitals, der Schwerindustrie und Großagrarier. (Sehr richtig b. d. Komm.) Diese sind es, die sich die geeigneten Vertreter aussuchen, von denen sie die möglichst reibungslose Durchführung des Hungerkurses gegen die werktätigen Massen erhofft.

Und wenn SPD-Leipart mit den Nazis wetteifert, den wahren Charakter dieses Schleicher-Bracht-Kabinetts zu verschleiern, dann sagen wir: Mit den schärfsten Mitteln soll die neue Regierung Papens Programm gegen die Massen und ihre Führung, die Kommunistische Partei, durchsetzen.

Deutschland tritt in ein verschärftes Stadium der faschistischen Diktatur ein. (Sehr wahr b. d. Komm.)

Aus Gründen der Notverordnung sind wir nicht in der Lage, die folgenden Ausführungen des Genossen Pieck über Papens und Schleichers Außenpolitik im Wortlaut wiederzugeben. Es war eine Geißelung der gehässigen Antisowjetrepublik der deutschen Bourgeoisie, die immer offener mit den imperialistischen Westmächten des Versailler Diktats gemeinsame Sache machte.

Die Rolle Hindenburgs, dieses Kandidaten der SPD, wurde von Pieck noch einmal in ein besonders helles Licht gerückt. Er will die stärkste national-faschistische Konzentration in Deutschland durchführen.

Wenn es Schleicher bisher nicht gelang, die Regierung der sogenannten nationalen Konzentration zu schaffen, so

Immer wieder Hungerdemonstrationen

Berlin, 9. Dezember 1932. (Eig. Drahtbericht).

Gestern abend gegen 20 Uhr kam es in den belebtesten Plätzen des Berliner Westens zu starken Arbeiterdemonstrationen. Unter den Rufen „Hunger, Hunger" demonstrierten tausende Erwerbslose für ihre Winterhilfsforderungen. Dabei kam es mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei, die von der Schußwaffe Gebrauch machte. Vierzehn Demonstranten wurden verhaftet. Es sollen zwei Polizeibeamte verletzt worden sein.

Krach in der NSDAP

Straßer von Hitler in Urlaub geschickt . Nazi-Führerstreit um die Formen der Unterstützung der Schleicherdiktatur

Berlin, 9. Dezember 1932. (Eig. Drahtbericht).

In der Führung der Nazipartei ist ein offener Krach ausgebrochen. Straßer hat einen Brief an Hitler gerichtet, in dem er seine sämtlichen Ehrenämter niederlegt, und diesen Schritt mit dem Hinweis auf bestehende Differenzen der Politik der NSDAP begründet. Die Parteileitung der NSDAP läßt offiziell erklären, daß Gregor Straßer mit Genehmigung Hitlers einen dreiwöchigen Krankheitsurlaub angetreten hat.

So sehr sich der Freiheitskampf und die übrige Nazipresse auch bemühen wird, diesen jetzt offenkundig gewordenen Krach in der Naziführung als eine „Erfindung" darzustellen, so ist doch selbst die der Nazipartei nahestehende bürgerliche Presse zur Bestätigung des Führerstreites in der NSDAP gezwungen. Der Dresdner Anzeiger stellt zum Beispiel den Hergang der Differenzen zwischen Hitler und Straßer so dar,

daß „Straßer an Hitler einen Brief geschrieben haben soll, mit dem er seine Aemter in der Partei niederlegt".

Diese nun einmal unbestreitbare Tatsache versucht Hitler dadurch abzuschwächen, daß er Straßer flugs „beurlaubt", damit auf diese Weise der Konflikt möglichst wenig sichtbar wird.

Selbstverständlich geht es bei diesem Streit nicht etwa um die Frage, ob die Nazipartei die jetzt am Ruder befindliche Schleicherdiktatur unterstützen soll oder nicht. Der Streit geht vielmehr um die Frage, wie sie das machen soll!

Straßer ist bekanntlich Verfechter der ganz offenkundigen Unterstützung der Diktaturregierung, und zwar in der direkten Form der praktischen Regierungsbeteiligung der Nazipartei in Preußen. Hitler hält angesichts der wachsenden Rebellion unter dem Nazianhang die Politik der Tolerierung der Schleicherdiktatur bei gleichzeitiger Durchführung von Manövern zur Täuschung und zum Betrug des Nazianhangs für zweckmäßiger.

Die Trustbourgeoisie sieht sich aber immer stärker bemüht, durch den Einbau der Nationalsozialisten in die Preußenregierung den Damm gegen die revolutionäre Offensive der Massen zu stärken. Darum haben sich die Nazis letzthin auch nicht zufällig immer wieder zur bedingungslosen Verteidigung des Privateigentums, zur konsequenten Durchführung der schmutzigsten Streikbruchpolitik und zur blutigsten terroristischen Unterdrückung des Proletariats bekannt. Dieses demonstrative Bekenntnis erfolgt in jener Situation, in der die Trustbourgeoisie in beschleunigtem Tempo die Einbeziehung der Nazis in die „nationale Konzentration" betreibt.

In den letzten Tagen ist ja auch die Unterstützung der Schleicherregierung durch die Hitlerpartei immer klarer in Erscheinung getreten. Sogar den kommunistischen Antrag auf Herbeirufung des Reichskanzlers lehnten die Nazis im Reichstag ab, und morgen soll mit ihrer Hilfe Schleichers Wunsch erfüllt und der Reichstag bis Mitte Januar vertagt werden. In der Zwischenzeit soll alsdann die Heranziehung der Nazis an die Preußenregierung vor sich gehen.

Das sind die Fragen, wegen denen es zur Zeit Streit in der Naziführung gibt. Dieser Streit entspringt vor allem der

Angst Hitlers vor der sich weiteren und doch stärkeren Rebellion der Naziarbeiterschaft,

die die Politik der Naziführung und deren Unterstützung für die Bourgeoisie in steigendem Maße erkennen und sich dagegen auflehnen.

Für die Kommunisten ergibt sich aus dieser Situation die [illegible] Aufgabe der Gewinnung der [illegible] der Hitlerpartei für die Einheitsfront [illegible]

Werktätige Steuerzahler Dresdens: Alarm!

Der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Külz, bricht in einem Artikel, den die BZ am Mittag von ihm veröffentlicht, in ein lautes Jammergeschrei über die Finanzkrise aus. Dabei erfährt man, daß für die Stadt Dresden allein im kommenden Jahre über 15 Millionen Anleihegelder fällig werden, von denen Külz schon jetzt sagen muß, daß sie nicht aufgebracht werden können. Was er aber darüber hinaus andeutet, ist ein direktes Alarmzeichen für die werktätigen Steuerzahler Dresdens!

Er macht einen Vorschlag, die Tilgung dieser Anleihe auf drei Jahre auszudehnen und deutet an, daß in der Zwischenzeit durch stärkere steuerliche Ausplünderung der Massen und durch die „einheitliche Zusammenfassung der Erwerbslosenfürsorge" die Mittel zur Befriedigung der kapitalistischen Kreditgeber und der Bankgewaltigen zusammengebracht werden sollen.

So soll das letzte aus den Massen herausgepreßt werden um es den Finanzhyänen und Kapitalsgewaltigen zuzuschanzen.

Dagegen heißt es alle Werktätigen zu mobilisieren und zum Kampf zu führen.

Die Sonderzeitung „14 Jahre KPD"

wird morgen früh um 5 Uhr gedruckt. Sie muß schon morgen früh vor den Betrieben und im Laufe des Tages an allen Stempelstellen, in allen Arbeiterwohnungen verkauft werden.

Kein Exemplar darf liegen bleiben . Erfüllt restlos euer Soll!

Die Dresdner Stadtteile jammern über das zu hohe Soll, aber die kleinen Ortsgruppen erhöhen es freiwillig! Mühlbach-Häselich von 18 auf 30, Burkhardswalde von 20 auf 30, Heidenau auf 100, Dohna von 200 auf 250 usw. Was am Sonnabend nicht verkauft wird, muß am Sonntag noch raus!

Wer noch nicht bestellt hat, tut das sofort telefonisch unter Nr. 17250 oder 27853